vor 5 oder 10 Jahren ebenso entwickelt werden können. Allzu friedlich könne eine Rede, welche eine Militairvorlage durchbringen will, allerdings nicht lauten, aber den Beunruhigungsbacillus, den Caprivi soeben ausgestreut, werde keinen günstigen Nährboden finden. — Das „Berliner Tageblatt“ lobt die Aufrichtigkeit der Rede und schließt sich im Uebrigen der Ansicht der „Vossischen Zeitung“ an.

— Der Kaiser brachte die heutigen Vormittagsstunden mit der Erledigung von Regierungsangelegenheiten im Arbeitszimmer zu.

— Nachdem bereits die amtlichen Blätter Württembergs und Sachsens betont haben, daß diese Staaten mit der Einbringung der Militairvorlage vollständig einverstanden sind, weist nunmehr die bayerisch-officiöse „Correspondenz Hoffmann“ auch für Bayern eine Meinungsverschiedenheit zurück. Die Erklärung sagt:

„Bezüglich der Militairvorlage gehen immer noch Andeutungen durch die Blätter, als hätten einzelne Bundesregierungen eine grundsätzlich ablehnende Stellung eingenommen. Namentlich wird dies über einzelne „größere Bundesregierungen“ verbreitet und die mehrfachen dagegen gerichteten Dementis scheinen zu wenig Beachtung gefunden zu haben. Speciell bezüglich der bayerischen Regierung können wir auf Grund verläßiger Erkundigung versichern, daß dieselbe eine ablehnende oder abweichende Haltung gegenüber der Vorlage nicht eingenommen und ihr Votum in dieser wichtigen Frage von demjenigen der Bundesgenossen nicht getrennt hat. Ein Dissens der Bundesregierungen bezüglich der Militairvorlage existirt nicht.“

In einer weiteren Erläuterung, die von den „Münch. N. N.“ hinzugegeben wird, findet sich die Bemerkung, daß auch der Großherzog von Baden, der ursprünglich die Opportunität der Vorlage bezweifelte, von seinem Widerspruch vollständig zurückgekommen sei.

— Die beabsichtigte Erweiterung der Disciplinarbefugnisse der Aerztekammern, über welche auf Veranlassung des Cultusministers sämmtliche preußische Aerztekammern in bejahendem Sinne sich ausgesprochen haben, ist neuerdings wieder in Frage gestellt. Der Stein des Anstoßes ist die Ausnahmestellung der Militairärzte und Medicinalbeamten, deren Aenderung in irgend einer Form von allen Kammern als unerläßlich bezeichnet wurde. Regierungsseitig scheint man aber durchaus nicht geneigt zu sein, an dem bisherigen Disciplinarverhältniß der Militairärzte und Medicinalbeamten etwas zu ändern.

— Zum Präsidenten der Preußischen Haupt-Bibel-Gesellschaft ist, dem Vernehmen nach, an Stelle des verstorbenen Consistorial-Präsidenten a. D. D. Hegel der Präsident des Evangelischen Oberkirchenraths D. Dr. Barkhausen gewählt worden.

— Die hiesige Staatsanwaltschaft hat gegen die Anarchisten Artelt, Schuhmacher, Bickel und Radau Anklage wegen Geheimbündelei erhoben. Sämmtliche Angeklagte waren im Camminer Hochverrathsproceß mit in Untersuchungshaft gezogen, auf Beschluß des Reichsgerichts aber später entlassen worden, da das Berliner Landgericht in dieser Strafsache zuständig und eine Verbindung derselben mit der Strafsache in Cammin unzweckmäßig erscheine.

* **Aus Schlesien**, 20. November. Schulinspector Majunke hat auf eine Anfrage der „Schles. Volkszeitung“ nachstehenden Bescheid ertheilt:

„Meine diesmalige Ernennung zum Schulinspector hat eine sehr harmlose Genesis. Sollte nicht gerade ein Evangelischer Bundesbruder Inspector der katholischen Schulen von Hochkirch und Kreibelwitz werden, so blieb nur meine Ernennung dazu übrig(!!), da der bisherige Inspector der beiden Schulen, Herr Erzpriester Kriche in Poltwitz, im vorigen Monat verstorben und fast gleichzeitig mit ihm zwei meiner Nachbarpfarrer, die Pfarrer von Gramschütz und Herbersdorf, verschieden waren. Vor und bei meiner Ernennung haben Kirche und Staat ihre Garantieen erhalten, d. h. ich bin diejenigen Bedingungen eingegangen, welchen alle katholischen Geistlichen des Landes unter Zustimmung der Bischöfe der Regierung gegenüber sich unterziehen. Hierzu war ich schon vor acht Jahren, bei Uebernahme der Pfarrei Hochkirch, bereit, aber der Minister v. Goßler verlangte damals von mir eine besondere schriftliche Erklärung, deren mit dem Kirchenrecht unverträglichen Tenor ich nicht acceptiren konnte. — Den erregten Gemüthern der Evangelischen Bundesbrüder kann ich übrigens zur Beruhigung mittheilen, daß ich nicht Dorfschulen besuche, um daselbst Kücken und Arme mit Folianten des 16., 17. und 18. Jahrhunderts beladen, Quellenstudien zu treiben. Ueberhaupt würde die ganze Angelegenheit mir nicht der Berichtigung werth gewesen sein, wenn nicht ernsthafte Blätter, wie die Münchener „Allgem. Ztg.“, hierbei die Bemerkung gemacht hätten, daß „von paritätischer Seite begründete Bedenken gegen eine solche Schulaufsicht erhoben werden dürften“. — Hiernach scheint man protestantischerseits die „Parität“ dahin zu verstehen, daß die Protestanten in ihren Schulen über katholische Einrichtungen sagen können, was sie wollen, daß aber katholische Priester bezüglich dessen, was sie über protestantische Angelegenheiten zu sagen haben, zuvor die Censur eines protestantischen Tribunals einzuholen haben, das ihnen seine diesbezüglichen Entscheidungen nach Analogie der Entscheidungen des Reichsgerichts von Zeit zu Zeit mitzutheilen hätte. Hochkirch, 18. November 1892. Dr. Majunke.“

Der Bescheid des Schulinspectors Majunke bietet in sachlicher Beziehung nichts Bemerkenswerthes. Höchstens die Angabe, daß der frühere Minister von Goßler gegen Garantieen, welche der jetzige Cultusminister für überflüssig hielt, die Berufung des ehemaligen „Germania“-Redacteurs in ein Schulaufsichtsamt erwogen hat, dürfte einiges Interesse erregen. Nach der persönlichen Seite hin braucht der hochmüthige Tenor, in welchem die Erklärung gehalten ist, nicht besonders hervorgehoben zu werden; bescheidene Zurückhaltung wäre in diesem Falle geradezu widernatürlich gewesen. Was schließlich den Scherz anlangt: „sollte nicht gerade ein Evangelischer Bundesbruder Inspector der katholischen Schulen von Hochkirch und Kreibelwitz werden, so blieb nur meine Ernennung dazu übrig“ — so erinnert diese „witzige“ Bemerkung in anmuthigster Weise daran, daß ihr geistreicher Urheber einst die leitende Seele des Berliner pseudonymen Jesuitenblattes war.

* **Charlottenburg.** Die Charlottenburger „Neue Ztg.“ meldet: Anarchistische Schriften wurden in Folge einer Haussuchung bei ungefähr 12 Mitgliedern des hierselbst bestehenden, aus „Unabhängigen“ gebildeten Clubs „Mehr Licht“ gefunden. Der Polizei gelang es, Exemplare der Zeitung „Der Anarchist“ und der aus London hier eingeschmuggelten „Autonomie“ aufzufinden, ebenso eine größere Anzahl anarchistischer Broschüren, die gleichfalls im Verlage der „Autonomie“ erschienen sind, sowie handschriftliche Aufzeichnungen und Briefe. Auch wurde die in dem Schanklocal von Witt, Schulstraße 17, wo der Club seine Zusammenkünfte abhielt, befindliche Bibliothek desselben beschlagnahmt. Eine Anzahl Sistirungen sind vorgenommen worden, doch sind die Verhafteten, bis auf den in der Spreestraße wohnenden Schuhmacher Euler, wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Euler, ein junger Mann am Anfang der Zwanziger, ist in Haft behalten worden, weil bei ihm mehrere Exemplare von ein und derselben Nummer der „Autonomie“ gefunden wurden.

F. **Hannover**, 23. November. Der Landrath des Kreises Peine, Herr von Bennigsen, wird dem Vernehmen nach, zum 1. April nächsten Jahres in den Reichsdienst übertreten. Es wird ihm voraussichtlich eine höhere Verwaltungsstelle in Ostafrika übertragen werden.

* **Nürnberg**, 23. November. Falls der angedrohte Boycott gegen die Brauerei Evora und Meyer in Fürth wegen Entlassung von Arbeitern ausgesprochen wird, wollen sämmtliche Braufirmen Nürnbergs und Fürths solidarisch vorgehen.

* **Metz**, 23. November. Gestern hat hier die erste Versammlung des Volksvereins für die Katholiken französischer Zunge, überaus zahlreich von Laien und dem Klerus besucht, stattgefunden. Die Reden verbreiteten sich über die Nothwendigkeit des Zusammengehens aller Katholiken.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 24. November. (Telegramm.) Der Petersburger Correspondent der „Pol. Corresp.“ constatirt den ausgezeichneten Eindruck, welchen der herzliche Empfang des Zarewitsch zu Wien in Rußland hervorgebracht hat, betont aber, daß dadurch in dem Stande der bulgarischen und bosnisch-herzegowinischen Frage keine Aenderung herbeigeführt werde. Trotzdem liefere aber doch der Besuch den Beweis, daß Rußland und Oesterreich-Ungarn ausgezeichnete Beziehungen unterhalten und dabei gewisse Fragen in der Schwebe lassen können, ohne deshalb einen Conflict herbeizuführen. — Die zuerst von dem „Secolo“ gebrachte Meldung, daß während der Anwesenheit des russischen Thronfolgers in Wien eine Zusammenkunft des Kaisers Franz Josef mit dem Zaren verabredet worden sei, hat sich auch die französische Presse nicht entgehen lassen, und im „Figaro“ wird sie ohne Angabe der trüben Quelle bereits erweitert, indem mit Bestimmtheit von einer vereinbarten Zusammenkunft der beiden Monarchen als Folge des Besuches des Zarewitsch in Wien gesprochen wird. Demgegenüber kann die „Kreuzztg.“ auf Grund von Berichten aus Wien nur constatiren, daß man dort allerdings über von dem Monarchen für das nächste Jahr zu treffende mögliche Reisedispositionen nicht unterrichtet ist, daß aber, was die erwähnte Meldung betrifft, sie lediglich auf Rechnung der Phantasie der Blätter, die sie weiter verbreiten, zu stellen sei. — Der österreichisch-ungarische Botschafter beim Vatican, Graf Revertera, ist, wie aus Wien berichtet wird, auf seinen Posten zurückgekehrt. Derselbe hat sich in Wien nur auf der Rückkehr von seinem zweimonatigen Urlaube mehrere Tage aufgehalten. Somit erweisen sich alle Meldungen, die an seinen dortigen Aufenthalt, welcher in die Zeit fiel, wo die Erörterungen über die kirchenpolitischen Fragen in Ungarn im Schwange waren, geknüpft wurden, als Märchen. So wollte beispielsweise ein italienisches Blatt von einem Ultimatum wissen, das die Curie wegen der ungarischen kirchenpolitischen Angelegenheiten an den Grafen Revertera gerichtet habe, während derselbe, wie es sich zeigt, sich in der letzten Zeit gar nicht in Rom befunden hat.

* **Wien**, 23. November. Abgeordnetenhaus. Im weitern Verlaufe der Sitzung regte Prinz Carl Schwarzenberg an, warum der zuletzt von dem Minister Prager eingenommene Posten noch immer unbesetzt bleibe. Er erachtet eine Lösung der Sprachenfrage im Reichsrathe nicht für empfehlenswerth und empfiehlt eine außerparlamentarische Lösung. Er würde das angeregte Zusammenwirken mit der Linken herbeiwünschen, dazu würde jedoch ein Einvernehmen über die wirthschaftlichen Fragen hinaus nothwendig sein. Ministerpräsident Graf Taaffe erklärte, die Neubesetzung des Ministerpostens an Stelle Prager's sei durch Einstellung eines Postens in das Budget bereits beantragt. Die Wahrnehmung des richtigen Zeitpunctes für die Neubesetzung möge das Haus der Regierung überlassen; hoffentlich gestalte sich die Situation in nicht gar langer Zeit so, daß die Regierung bei dem Kaiser die Neubesetzung beantragen könne. (Beifall rechts). Gegenüber der Bemerkung des Prinzen Schwarzenberg, die Regierung möge überlegen, ob sie mit oder ohne das Parlament regieren wolle, sagte Ministerpräsident Graf Taaffe: „Ohne Parlament zu regieren, ist bequemer (Heiterkeit), bedeutet aber einen Staatsstreich. Schau' ich aus wie Einer, der einen Staatsstreich machen will?“ (Stürmische Heiterkeit.) Die Aufgabe der Regierung bezeichnete Graf Taaffe als durch die letzte Thronrede hier vorgezeichnet, nämlich die Lösung der wirthschaftlichen Fragen, durch welche auch in politischer Beziehung eine Verständigung angebahnt werden könnte. Er halte diese Hoffnung fest und empfehle dringend eine möglichst rasche Lösung der vorliegenden wirthschaftlichen Fragen. Daß keine Partei recht befriedigt sei, rühre daher, daß dem Hause kein Parteiministerium gegenüberstehe. Die Erfahrung lehre übrigens, daß auch Parteiregierungen nur vorübergehend selbst die eigene Partei befriedigen und bald deren Angriffe erfahren. Oesterreichische Eigenthümlichkeiten gestatteten nicht bestimmte Parteischeidungen in Liberale und Conservative, wie anderwärts. Oesterreich habe etwas dazwischen Liegendes — er wisse nicht, ob die Herren dies bemerkt hätten — das sei die Nationalität. (Große Heiterkeit). Das Aufwerfen der Sprachenfrage finde er natürlich, da sie allen auf die Finger brenne; diese hochwichtige Frage müsse eine Lösung erfahren, die angeregte außerparlamentarische Verständigung erachte er jedoch für verfrüht und empfehle einstweilen, darüber nachzudenken. (Beifall. Heiterkeit). Dann könne aus dem Hause oder seitens der Regierung ein Antrag kommen. Die Interpellationen, betreffend Reichenberg, gedenke er zusammenfassend bald zu beantworten. Am Schlusse seiner Ausführungen hob der Ministerpräsident hervor, die Verhältnisse in Oesterreich gestatteten dem Kaiser jeder Zeit, jeden Ort ruhig aufzusuchen (lebhafter Beifall); Fragen über die Opportunität seiner Reisen richte der Monarch an das Ministerium und nicht an die Statthalter (Beifall). — Bei der Specialdebatte über das Budget besprach Schlesinger das christlich-sociale Programm der Antisemiten und citirte trotz wiederholter Ermahnung des Präsidenten, bei der Sache zu bleiben, den Talmud und mehrere Bibelstellen. Der Präsident entzog darauf dem Redner das Wort. Das Haus beschloß auf die an dasselbe gerichtete Frage, ob Schlesinger weiterreden solle, mit 75 gegen 51 Stimmen die Entziehung des Wortes. (Unruhe bei den Antisemiten).

Frankreich.

* **Paris**, 23. November. Nach hier vorliegenden Nachrichten ist der Deputirten-Versammlung von Columbia der Antrag des Liquidators der Panama-Gesellschaft auf Verlängerung der der Letzteren ertheilten Concession zugegangen, und wäre eine Entscheidung darüber binnen etwa vierzehn Tagen zu erwarten. — Telegraphisch berichtet Oberst Dodds die Einnahme von Abomey und meldet, daß er am 16. November gegen die Stadt vorgerückt sei. König Behanzin habe sich nach der Verbrennung vier seiner Paläste zur Flucht gewandt und sei mit den Trümmern seiner Armee drei Tage nach Norden gezogen. Dodds fügt hinzu, daß er Maßregeln ergreift, um das ganze Gebiet der Dahomeyer in Besitz zu nehmen.

Belgien.

* **Brüssel**, 23. November. Der König empfing heute eine Abordnung der Kammer, welche die Antwort-Adresse auf die Thronrede überreichte. Der König erwiderte auf die an ihn gerichtete Ansprache, er kenne die patriotischen Gesinnungen der Kammer und hoffe, daß dieselbe in diesem Sinne das große Werk der Verfassungsrevision, welches ein Werk der Weisheit und des Fortschritts sein müsse, zu gutem Ende führen werde. — In einer Versammlung des von der Speditionsvereinigung gebildeten Specialausschusses für die im Jahre 1894 in Brüssel zu veranstaltenden Weltausstellung erklärte der Bürgermeister Buls, die Aufgaben des Comités für die Vorarbeiten seien erfüllt. Die Unterstützung der Communalverwaltung sei gesichert.

Italien.

* **Rom**, 24. November. (Telegramm.) Wie gerüchtweise verlautet, begiebt sich in diesen Tagen ein Vertrauensmann des Vaticans nach Ungarn, um dem Fürstprimas hinsichtlich der Action gegen das neue Cabinet besondere Weisungen zu bringen. — Die Thronrede wurde gut aufgenommen, soweit sie den Anwesenden Gelegenheit bot, Sympathien für den König auszudrücken, oder soweit sie an die nationalen Gefühle appellirte; kühl wurde dagegen der Theil aufgenommen, der die Aufgaben der neuen Session aufzählt. Nur der Passus wurde applaudirt, worin versprochen wird, daß das Heer durch eine bessere Ausbildung trotz der geringen Ausgaben auf der gegenwärtigen Höhe erhalten werden soll. — Da die Morgenblätter über die letzten königl. Decrete sich ausschweigen, so veröffentlicht der „Fanfulla“ eine Sonderausgabe, worin er die Contrahirung neuer Schulden und die Festsetzung höherer Steuern durch ein Decret des Königs einen Vorgang ohne Gleichen nennt. Das Parlament sei bedeutungslos, wenn die Minister aus eigener Autorität die schwerwiegendsten gesetzgeberischen Acte ausführen und so eine der bedenklichsten Verletzungen des Rechts und der Autorität des Parlaments bewirkten. „Fanfulla“ sieht die Motive für dieses Vorgehen entweder in der Furcht der Regierung, für die betreffenden Vorlagen keine Majorität zu finden, oder in der Absicht, dem Lande zu zeigen, daß sie auch fernerhin nur mit weitgehenden außerordentlichen Vollmachten zu regieren gedenke. Dasselbe Blatt kündet die Einbringung mehrerer Interpellationen über die Publication dieser Decrete an und behauptet, angesichts dieser sei Zanardelli zweifelhaft, ob er den Vorsitz in der Kammer übernehmen sollte.

Großbritannien.

* Der „Standard“ sagt am Schluß eines für Deutschland und Kaiser Wilhelm sehr sympathischen Leitartikels: „Wir bewundern Frankreich aufrichtig und sind der Republik freundschaftlich gesinnt; allein wir müssen offen sagen, daß nur Frankreichs Weigerung, die geschaffene Größe Deutschlands anzuerkennen, der Unruhe zu Grunde liegt, die Europa erfüllt und die Ursache der ungeheuren Rüstungen und unerträglichen Lasten bildet, unter denen die Völker Europas schmachten. Des Kaisers von Trauer und Ernst erfüllte Rede kann ihren Eindruck auf das deutsche Volk nicht verfehlen, welchem die Vergangenheit zu lebhaft vor Augen steht, als daß es die Zukunft vergessen und diese leicht aufs Spiel setzen könnte. Deutschland wird darum eine endgiltige Anstrengung machen, um seine Feinde zu entmuthigen und aus der Fassung zu bringen.“ Der „Daily Telegraph“ sagt, die Friedensliebe Deutschlands sei so notorisch, daß die neue Militairvorlage von Niemanden als Bedrohung des Friedens gedeutet werden könne. Was Deutschland auch auf den Ruf seines Kaisers thun werde, entspringe dem Trieb der Selbsterhaltung.

Schweden.

* **Stockholm**, 24. November. (Telegramm.) Auch die Zweite Kammer hat heute das Gesetz, betreffend die Wehrpflicht, angenommen.

Rußland.

* **Petersburg**, 24. November. (Telegramm.) Der neue, dem Reichsrath zugegangene Entwurf, betreffend die Erwerbung der russischen Staatsbürgerschaft, bedingt nicht die Kenntniß der russischen Sprache, sondern verlangt nur einen unbescholtenen Ruf für die Dauer des vorherigen Staatsverbandes, den Nachweis eines fünfjährigen Aufenthalts in Rußland, und, sofern der Betreffende nicht jüdischer Abstammung ist, den Besitz genügender Subsistenzmittel, sowie die Zusicherung der Aufnahme in einen Gemeindeverband. — Die den Wünschen des Zaren entsprechende Ernennung des Generals v. Werder zum Botschafter am russischen Hofe wird allgemein günstig aufgenommen. Im weiteren Kreisen der hiesigen Gesellschaft bekannt und mit den Gepflogenheiten derselben vertraut, wird General v. Werder in Hofkreisen allgemein als der willkommenste Ersatzmann des hochgeachtet von hier scheidenden Generals v. Schweinitz betrachtet.

Orient.

* Nach einem Telegramm des „Daily Tel.“ aus Petersburg soll der russische Botschafter in Konstantinopel beauftragt sein, bei der Türkei gegen die Bedingungen der bulgarischen äußeren Anleihe zu protestiren, weil das der Länderbank zugestandene Recht, eventuell Varna und Burgas zu exploitiren, gegen den Berliner Vertrag verstoße.

* **Cetinje**, 23. November. Die montenegrinische Regierung hat den Kreischef von Podgoriza abgesetzt und für die Regelung der Grenzangelegenheiten einen Specialcommissar ernannt.

Amerika.

* **Washington**, 24. November. (Telegramm.) Senator Sherman erklärte bei einem Interview, er sei ein Gegner der Aufhebung der bestehenden Gesetze über das Silber, aufzuheben seien nur die Artikel über die monatlichen Ankäufe von Silberbarren durch die Regierung. Er glaube, das einzige Mittel zur Erhaltung eines Verhältnisses zwischen Gold und Silber ohne gegenseitige Störung bestehe darin, daß für beide Metalle ein festeres Werthverhältniß entsprechend ihrem Werthe auf dem Geldmarkte festgesetzt werde.

* **London**, 23. November. Ueber New-York wird aus Montevideo gemeldet, daß sich die ganze brasilianische Provinz Rio Grande do Sul in Aufruhr gegen die Centralregierung befinde. Man vermuthet, daß Uruguay mit den Rebellen sympathisire.

Graf Caprivi über die Militärvorlage.

* Die Rede, mit welcher der Reichskanzler Graf Caprivi gestern im Reichstage die Militärvorlage einbrachte, lautet nach dem ausführlichen Berichte der „Nat.-Ztg.“ folgendermaßen:

Ich habe die Ehre, dem Reichstage zwei Vorlagen im Namen der verbündeten Regierungen vorzulegen, die eine über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Kriegsverbesserung, die andere, betreffend die Friedenspräsenzstärke des Reiches. Beide Vorlagen stehen in einem inneren Zusammenhang. Die erste über die Aenderung der Ersatzvertheilung ist die Voraussetzung der zweiten. Ich bin mir bewußt, daß es ungewöhnlich ist, wenn in diesem hohen Hause Vorlagen durch Reden eingeführt werden, ehe sie zur ersten Lesung gediehen sind. Ich habe es aber nichtsdestoweniger für meine Pflicht gehalten, um das Wort zu bitten, einmal um der Bedeutung der Sache willen, und dann, weil, wie es ja natürlich und gut ist, die Militairvorlage die öffentliche Meinung schon lange beschäftigt und weil sie, wie es mir scheint, sich vielfach in Details verloren hat, weil sie die Vorlage und ihre Motive im Ganzen nicht in Betracht zieht. Ich will versuchen, diese Motive hier darzulegen über den Rahmen der, wie es ja in militairischen Dingen üblich ist, knappen Motive, die der Vorlage beigefügt sind. Ich will es versuchen, in der Hoffnung, die öffentliche Meinung davon zu überzeugen, daß es sich hier nicht um Einzelfragen handelt, nicht um irgend etwas Unbedeutendes, daß es sich nicht um Fragen handelt, die vom Parteistandpunct zu erledigen sind, sondern um Fragen, von denen abhängen wird die Zukunft Deutschlands. (Oho! bei den Socialdemokraten.)

Die verbündeten Regierungen sind sich der Verantwortung, die sie mit diesen Kriegsvorlagen übernommen haben, klar bewußt. Es ist ihnen nicht leicht geworden, der Nation diese großen und gewaltigen Forderungen zuzumuthen, die zwar nicht unerschwinglich, die aber doch schwer sind. Drei Jahre sind vergangen, seit die Nothwendigkeit einer durchgreifenden Vermehrung unserer Wehrkraft erkannt worden ist. In diesen drei Jahren ist die wirthschaftliche und militairische Seite der Vorlage eingehend erwogen worden. Die verbündeten Regierungen sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß der Zustand, wie er jetzt besteht, nicht länger dauern kann. Sie haben die Verantwortung für die Einbringung der Vorlage übernommen trotz der schweren Militairlast, trotz der Unruhe, die, wie Sie wissen, bis zu einem gewissen Grade in Deutschland dadurch hervorgebracht wird, und trotz der ernsten Gefahr, die aus einer Ablehnung der Vorlage für Deutschland entstehen kann. (Hört! Hört!) Ich brauche diese Gefahr hier nicht näher zu erörtern. Die verbündeten Regierungen haben nicht geglaubt, diese Vorlage noch länger hinausschieben zu können. Sie hat ein langes Stadium der Erwägungen durchgemacht und wenn sie vom Hause genehmigt wird, so wird der 1. October 1893 der früheste Termin sein, an dem mit der Durchführung angefangen werden kann. Es wird dann das Jahr 1894 mit der Durchführung der vermehrten Ersatzeinstellung hingehen. Damit ist aber die Wirkung der Vorlage noch nicht erschöpft. Sie wirkt erst in ihrem vollen Umfange nach etwa 20 Jahren. Man hat eingewandt, und mit Recht, — es lag ja auch dieser Einwand den verbündeten Regierungen nahe —: Kann man denn die Einbringung nicht aufschieben? Wir leben in einer Zeit, wo erhebliche Zweige des Volkes wirthschaftlich mehr oder weniger zu leiden haben, wir stehen vor vermehrten Ausgaben, die die sociale Gesetzgebung nöthig macht, und wir befinden uns in einem Augenblicke, wo der größte Staat des deutschen Reiches im Begriff steht, seine Finanzen zu reformiren. Dies Alles sind ungünstige Umstände, deren Werth und Tragweite die verbündeten Regierungen erkannt haben. Trotzdem haben sie geglaubt, einen längeren Aufschub nicht befürworten zu können. Wenn wir in einer wirthschaftlichen Depression leben, so ist die Wirkung der Vorlage immer auf einen so langen Zeitpunct berechnet, daß wir mit Bestimmtheit behaupten können, ihre Wirksamkeit wird sich auch auf bessere Zeiten erstrecken. Und hätten wir jetzt die besseren Zeiten abwarten wollen, so wäre es unvermeidlich gewesen, daß während der Wirkung der Gesetze, die wir Ihnen vorschlagen, auch schlechtere Zeiten gekommen wären. Jedes Jahr, das hier verloren wird, ist unwiederbringlich verloren, jedes Jahr, in dem wir Abstand nehmen, die Recruteneinstellung zu vermehren, um die ältern Jahrgänge zu schonen, ist nicht wieder einzubringen. Die Regierungen sind daher der Meinung gewesen, daß, wenn es ihnen auch schwer wird, diese Vorlage zu machen, es unverantwortlich gewesen sein würde, sie jetzt nicht einzubringen. Eine Vorlage von der Tragweite, wie die gegenwärtige, von der Natur, wie die vorliegende, kann nicht mit kleinen Dingen motivirt werden.

Man hat gesagt, warum wartet die Regierung nicht, bis die Verhältnisse es ihr erleichtern, eine so schwerwiegende Vorlage durchzubringen? Davon kann hier gar keine Rede sein. Eine Vorlage, wie diese kann nur mit der vollen Wahrheit motivirt werden, sie kann nur die Zustimmung der Nation finden, wenn die Nation sich überzeugt, daß es sich hier nicht um Einzelheiten handelt, sondern daß es darauf ankommt, einen Zustand, der lange existirt hat, der sich aber allmälig nach dem Schwergewicht der Dinge immer mehr verschärft hat, zum vollen Bewußtsein der Nation zu bringen und darauf die Entschließung zu gründen. Ich kann nicht mit „Krieg in Sicht“ auftreten, ich werde nicht mit dem Säbel rasseln (Beifall), davon ist keine Rede, ich werde mich jeder Schwarzmalerei enthalten und so weit es meiner Kenntniß der Verhältnisse und meiner Gewissenhaftigkeit möglich ist, die reine Wahrheit vor Ihnen entrollen. (Beifall.)

Die deutsche Regierung lebt in normalen und freundschaftlichen Beziehungen zu allen anderen Regierungen. Es ist uns seit der Zeit, wo ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, auch von keiner einzigen Regierung schwer gemacht worden, die Würde und die Ehre Deutschlands dem Auslande gegenüber zu repräsentiren. Wir haben aber auch nichts gewollt, was das anderen Leuten hätte erschweren können. Es ist Ihnen früher von dieser selben Stelle gesagt worden, die deutsche Nation ist satt. Wir haben nach 1870 das, was wir uns gewünscht haben, und wir kennen kein anderes Ziel, als den Besitzstand, den der Frankfurter Friede uns gegeben hat, zu erhalten. Es ist ein durchaus treffendes Wort Sr. Majestät gewesen, wenn er bei der Uebernahme von Helgoland sagte, daß dies das letzte Stück deutscher Erde sei, nach dem unser Sinn stand. Dieses letzte Stück haben wir bekommen, wir haben sonst nichts mehr zu wünschen, nichts zu begehren.

In der Presse und auch von wohlmeinenden, hochpatriotischen Männern ist mir die Ansicht entgegengetreten: Ja, aber der Zustand einer so schweren Belastung, wie er hier in Frage kommt, einer Belastung, die nun noch erschwert werden soll, wird der nicht auf die Dauer unerträglich, und thäten wir nicht besser, diesem Zustand dadurch ein Ende zu machen, daß wir selbst zum Schwerte griffen, den günstigsten Moment wählten, um uns durch Ausnutzung alles dessen, was jetzt zu unseren Gunsten spricht, wiederum einen Frieden auf 20 bis 30 Jahre zu sichern? Ich glaube, das ist eine Ansicht, welche die verbündeten Regierungen und auch das deutsche Volk bei näherer Ueberlegung niemals würden acceptiren wollen. (Lebhafter Beifall.) Abgesehen von den moralischen Schäden, die hier entgegenstehen, sprechen auch schwere sachliche Bedenken gegen die Durchführung solcher Ideen. Man kann einen Krieg politisch defensiv und militairisch aggressiv führen. Es kann auch das Umgekehrte der Fall sein. Ein solcher Präventivkrieg aber, wie er hier vorgeschlagen ist, würde politisch und militairisch aggressiv geführt werden müssen. Wenn ich aber einen Nachbar mit Krieg überziehe, den Krieg provociren will, so muß ich mir doch vorher darüber klar geworden sein: was ist denn der Siegespreis? Nehmen wir an, es würde wirklich die Meinung richtig sein, daß wir durch einen Präventivkrieg den schwierigen Zuständen, in denen wir leben, ein Ende machen können, dann würde die Frage entstehen, was soll denn nun unser Siegespreis sein, beispielsweise gegenüber Frankreich? Wir haben nicht den Wunsch, von Frankreich auch nur einen Quadratkilometer uns anzueignen. Wir würden in Verlegenheit gerathen, wenn wir nichtdeutsche Menschen dem deutschen Reiche einverleiben wollten, und in dem Gewinn von Milliarden haben wir in mancher Beziehung doch auch ein Haar gefunden (Sehr richtig! und Heiterkeit). Und wenn man mir endlich sagt: Nehmt doch französische Colonien, so möchte ich erwidern: Zunächst haben wir an unseren eigenen genug (Zustimmung links und Heiterkeit). Die französischen Colonien würden uns zudem nur Kosten machen und wir würden nach Abschluß eines solchen Präventivkrieges wohl nicht Sinn oder Mittel dafür haben. Angenommen aber, die Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht erträglich wäre — eine Ansicht, welche die verbündeten Regierungen in keiner Weise theilen —, träfe doch zu, so könnte jedes Ziel eines Präventivkrieges nur das sein, daß wir nach seiner glücklichen Beendigung auf eine längere Periode des Friedens hoffen könnten, als wir heute zu hoffen im Stande sind. Ich bitte Sie, sich in die Erinnerung zurückzurufen, daß, als wir 1870 die französische Grenze überschritten, uns 8 kaiserlich französische Armeecorps gegenüberstanden, während wir, wenn ich die süddeutschen Contingente mitrechne, etwa 17 Armeecorps hatten. Schon aus diesem einen Umstande ergiebt sich, daß es uns im nächsten Kriege nicht so leicht werden würde wie im vorigen, gleich anfangs Siege zu erringen, denn wir würden im nächsten Kriege mindestens ebenso viele gute französische Corps uns gegenüber haben, und hinter ihnen noch eine Reservearmee, die ungefähr der ersten Armee an Zahl gleich sein und hinsichtlich ihrer Beschaffenheit weit über dem Niveau stehen würde, das wir zu Gambetta's Zeit gefunden haben. Angenommen, wir überschreiten die Grenze, wir siegen, obwohl wir nicht eine solche Ueberlegenheit haben, wie wir sie 1870 hatten, denn wir würden doch immer damit rechnen müssen, daß ein Theil unserer Armee an der russischen Grenze zurückbleibt. Wir würden ein solches Entgegenkommen, wie im Kriege von 1870 auf russischer Seite nicht mehr erwarten können. Wir müßten etwa 2 oder 3 Corps an der russischen Grenze stehen lassen und wir würden nicht mit einer überwältigenden Uebermacht aufzutreten im Stande sein. Aber, wie gesagt, wir siegen. Dann stoßen wir auf eine Kette von Sperrforts, die seit langen Jahren sorgfältig vorbereitet und mit Allem, was die moderne Technik bietet, ausgerüstet sind. Es müssen nun mehrere solcher Sperrforts genommen sein, wenn die Armee im Stande sein soll, weiter in Frankreich einzudringen. Wir nehmen diese Sperrforts mit Aufenthalt, aber wir nehmen sie. Und nun kommt die Reihe der großen französischen Festungen, Verdun, Toul und andere, von denen jede einzelne fortificatorisch stärker ist als Metz und Straßburg im Jahre 1870, also Festungen, vor denen wir wiederum einen Aufenthalt erleiden und einen Theil unserer Kräfte stehen lassen müssen. Wir lassen sie stehen und rücken weiter vor. Wir schlagen auch die französische Reservearmee. Unser Marsch geht auf Paris. Wir finden das Paris nicht wieder, was wir 1870/71 gehabt haben, sondern eine Festung, wie sie die Welt noch nicht gesehen hat, umgeben von 36 Forts mit einer äußeren Linie von 130 km. Dieses Paris auszuhungern, ist sehr schwer, aber doch ist es ja möglich, und es werden sich noch andere Mittel finden, man wird schließlich, wenn die Umfassungsarmee nicht fehlt und Gott uns begünstigt, auch damit fertig. Wir kommen nun nach einem Kriege, der aber weit länger sein würde, als der von 1870, endlich zum Ziele und haben Paris in Händen. Es setzt das voraus, daß uns selbst während dieser Zeit wegen des Krieges, den wir provocirt haben, nicht das Gewissen geschlagen hat. Aber wir haben es, wir sind Herren von Paris, was folgt nun weiter? Würden wir nun eine Ruhe von 20 oder 30 Jahren genießen können, würden wir nicht, wenn wir nach Hause kämen, in der Lage sein, von Neuem und in einer Weise rüsten zu müssen, die voraussichtlich weit kostspieliger, weit lästiger wäre als die gegenwärtige? Denn wenn wir erschöpft aus einem solchen langen prophylaktischen Krieg nach Hause kämen, würden dann nicht andere Leute da sein, die geneigt wären, aus unserer Schwäche Vortheil zu schöpfen? Ich habe die feste Ueberzeugung, daß selbst nach einem siegreichen Abschluß eines prophylaktischen Krieges der Zustand, in den wir dann versetzt sein würden, ungleich unerträglicher wäre als der heutige. Ich sage also nicht blos aus meiner eigenen Ueberzeugung, sondern, soweit mir bekannt ist, aus der Gesinnung der verbündeten Regierungen, daß niemals von Deutschland ein solcher Präventivkrieg wird geführt werden.

Ich komme hier auf eine Bewegung, die die Gemüther jetzt vielfach erregt hat, dadurch, daß in Bezug auf den Ausbruch des Krieges von 1870 Provocationen und Aeußerungen stattgefunden haben, die geeignet sind, die öffentliche Meinung zu verwirren. Man hat die Behauptung aufgestellt, Deutschland, in erster Linie Fürst Bismarck, habe durch gewisse Manipulationen — man ist sogar bis zum Ausdruck „Fälschungen“ gegangen —, die an einer Depesche vorgenommen worden, fälschlich den Glauben erregt, daß Frankreich uns zum Kriege provocirt habe, während factisch und zunächst Fürst Bismarck der Provocirende gewesen sei. (Abg. Bebel: Sehr richtig!) Ein Theil der deutschen Presse hat daran einen Entrüstungssturm geknüpft, der, wenn man diesen Zeitungen glaubt, die Ueberzeugung zurücklassen müßte, daß Alles, was wir seit 22 Jahren geglaubt haben, eitel Lug und Trug wäre. Dem ist nicht so. Ich bin in der Lage, auf Grund actenmäßigen Materials den Nachweis zu führen, erstens, daß Deutschland Frankreich nicht provocirt hat, zweitens, daß Fürst Bismarck die Depesche nicht gefälscht hat, und drittens, daß das, was von einigen Journalen behauptet, angedeutet worden ist, weil sie sich einen Vers aus der Sache nicht machen konnten, daß der alte Kaiser Wilhelm zu versöhnlich gewesen sei, oder vielleicht in dem Verkehr mit den Franzosen den Accent nicht getroffen habe, der dem berechtigten Bewußtsein der deutschen Präsenz entsprach — unrichtig ist. Ich rufe ins Gedächtniß zurück, daß der hochselige Kaiser Wilhelm sich am 13. Juli 1870 in Ems befand, daß er auf der Morgenpromenade von dem französischen Botschafter Graf Benedetti angeredet wurde, daß der König eine abweisende Antwort gab, daß Graf Benedetti den Versuch, sich dem